

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründer 1856

Verleger: Dr. Kurt Schickel, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden. Druck: Kurt Schickel, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden. (Verleger, Redakteur, Schriftföhrer) Schriftföhrer: Kurt Schickel, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden. (Verleger, Redakteur, Schriftföhrer) Schriftföhrer: Kurt Schickel, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden.

Verleger: Dr. Kurt Schickel, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden. Druck: Kurt Schickel, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden. (Verleger, Redakteur, Schriftföhrer) Schriftföhrer: Kurt Schickel, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden.

Zwei Kanzlerreden in Westdeutschland

„Wir gehen voran!“ - Unser Wirtschaftskampf ist Freiheitskampf - Die Fernziele der Außenpolitik

Paderborn, 16. Oktober. In seiner Rede, die Reichskanzler von Papen heute vormittag vor den Vertretern der westdeutschen Wirtschaft hielt, weist er mit Nachdruck darauf hin, daß die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung zum vornehmsten Ziel habe, Arbeit und Brot zu schaffen und dem Wiederaufbau der Wirtschaft die Bahn freizumachen. „Der Wirtschaftskampf“ führt der Kanzler fort, „ist ein wichtiger Teil unseres nationalen Freiheitskampfes. Seine Grundlage war die Aufrechterhaltung der Währung, sein Ziel die Befreiung von den Tributen. Denn der Ausgang der Verhandlungen von Lausanne, der der deutschen Wirtschaft die Befreiung brachte von schweren, unerträglichem Belastungen, war die Voraussetzung, daß die Regierung von der Verteilung nach der Wirtschaftskrise nun zum Antritt, das heißt zur starken Anregung aller wirtschaftlichen Kräfte im Sinne einer Befreiung der Lage überging. Das war der führende Gedanke im Wirtschaftsplan der Reichsregierung.“

Der Zeitpunkt, den wir wählten, kam uns dabei zugute. Das Ende eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs von gigantischem Ausmaß zeigt sich heute deutlich am Horizont ab.

Aber die Heberwindung der Krise kommt nicht von selbst, sie verlangt jetzt ein rationales und wegemutiges Handeln. Die Staatsführung ist voranzugucken. Die Wirtschaftsföhrung hat diesen Vorstoß mutig anzunehmen und wird ihn hoffentlich immer weitertreiben. Unser Programm ist keineswegs nur für die Großen bestimmt. Gerade die mittleren und kleinen Betriebe werden durch die Maßnahmen der Reichsregierung gefördert und gestützt werden, denn

was wir wollen, ist ausgedehnte Mittelstandspolitik.

ist ein wirtschaftlicher Wiederaufbau auf breiter Grundlage. Machen wir uns doch endlich einmal frei, rief der Kanzler aus, von dem Gedanken flächenmäßiger Besetzung, der sinnlos und verderblich ist in einem Augenblick, da es gilt, alle wirtschaftlichen Kräfte der Nation zu einer leistungsfähigen Zusammenfassung, um die furchtbare Not unserer Zeit zu überwinden.“ Der Kanzler betonte, daß alle vorgeschlagenen Maßnahmen eine Vorbedingung erfüllen müßten: „Die Arbeiten müssen produktiv sein, sie dürfen Währung und Kredit nicht aufs Spiel setzen. Die bisherigen Wirtschaftsmaßnahmen der Reichsregierung sind Heberwindungsmaßnahmen für eine Zeit von zwölf Monaten.“

Die Aufgabe, das ganze deutsche Wirtschaftsleben wieder flott zu machen, läßt sich auf keine andere Weise lösen, als auf diese Weise, die wir gewählt haben.

Eine noch so große Ausweitung der öffentlichen Aufträge hätte für sich allein niemals ein solches Maß von Arbeit

und zusätzlicher Gütererzeugung schaffen können, wie es zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist.

Wir stehen erst am Anfang der von uns ersehnten Konsolidierung der Wirtschaft. Dennoch: Wirtschaftsbelebung und eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes sind schon eingetreten.“

Der Kanzler wies darauf hin, daß seit der Verkündung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung der Anstieg der Wertpapiere an den Börsen um etwa 15 Prozent, das heißt um rund 2½ Milliarden RM, gestiegen sind.

Dabei handele es sich nicht um spekulative, sondern um reine Anlageläufe, zu deren Finanzierung gehortete Noten, der Erlös von ausländischen Effekten und dergleichen gedient haben. Damit ist die Kreditunterlage der deutschen Wirtschaft um einen neunendelwertigen Betrag ausgeweitet worden. Wenn das Werk der wirtschaftlichen Gesundung so fortschreitet, wie wir es erwarten und hoffen, dann wird es uns auch von den schweren Sorgen erleichtern, die heute noch über den öffentlichen Finanzen und den sozialen Einrichtungen lasten. Namentlich von den schwerelastenden Finanzen der Städte und Gemeinden ist es, daß sie nur von unten herauf durch die natürliche Besserung der Wirtschaft und besonders der Arbeitslage entlastet werden können.

Da diese Besserung nur langsam eintreten kann, hat sich der Herr Reichsfinanzminister schon jetzt entschlossen, die monatliche Zuschüttung für die Wohlfahrtskassen an die Gemeinden im Oktober von fünf auf sechs Millionen, im November um weitere fünf Millionen zu erhöhen.

Zu den Teilen des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, die am meisten angefeindet werden, gehört die sogenannte Vorkaufverordnung vom 5. September.

Ich habe den Eindruck, als ob die Schwierigkeiten sich heute durch verändertes Verhalten der Wirtschaftskräfte von Unternehmer und Arbeiterseite bereits zum größten Teil gelöst haben.

Ich glaube allerdings, auch von den Kreisen der Unternehmer sollte dadurch zur Besserung beigetragen werden, daß die vielfach noch in der Wirtschaft gezeigten überhöhen Gehälter leitender Personlichkeiten dem heutigen Notstand angepaßt werden.

Nur die Aussicht auf eine friedliche Durchföhrung des Wirtschaftsplanes gibt der Reichsregierung auch die Möglichkeit, die Arbeitslosenunterstützung für den Winter sowie die sozialen Leistungen zu erhöhen. Das Reichsfinanzministerium hat vorgeschlagen, die nötigen Mittel zu beschaffen. Sie werden in den

nächsten Tagen veröffentlicht werden. Wir verteilten keine Milliardenbeträge an die Unternehmer, sondern wir haben nur das eine Ziel, möglichst vielen Millionen von Arbeitlosen wieder ausreichende Erwerbemöglichkeiten zu verschaffen. Alles, was den Unternehmungsgeist im Lande stärkt, ist Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes.“

Dann beschäftigte sich der Kanzler mit dem besonders umstrittenen Punkt des Wirtschaftsplanes, der in Aussicht genommenen Regelung der Einfuhr gewisser landwirtschaftlicher Produkte, die er nochmals als Notmaßnahme bezeichnete.

„Ausdrücklich muß ich Gerüchten entgegenstellen, als könnte unsere Montingüterpolitik möglicherweise unsere Währung gefährden. Eine solche Gefahr liegt nicht vor, und sie ist auch von keiner Stelle behauptet worden, die für die Währung Verantwortung trägt.“

Ich bin der Ansicht, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten mit dem Auslande bald überwunden sein werden. Je schneller unsere Verhandlungspartner einsehen, daß wir diese Maßnahmen nicht aus Schikane gegen ihre eigene Landwirtschaft ergreifen, sondern daß es sich hier um eine Notstandsmaßnahme zur Rettung der deutschen Landwirtschaft handelt, um so schneller werden wir uns zu normalen Wirtschaftsbeziehungen zurückfinden.“ - Der Kanzler freilich

die Reorganisation der Preisenkassen

und die Verabschiedung der zweiten Entschuldungsverordnung für das Reichsgebiet, deren Einzelheiten demnächst veröffentlicht werden, und fuhr dann fort: „Wenn es auch gelungen ist, binnen kurzer Zeit über fünf Milliarden Reichsmark ausländisches Preispapier zurückzuzahlen - ein Zeichen der ungeschwundenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands -, so ist ein abermaliger Abzug fremder Gelder doch gänzlich nicht möglich. Es muß daher erwartet werden, daß über das Bestehen des Stillhalteabkommens hinaus das Ausland die von ihm nach Deutschland geliehene Gelder konsolidieren läßt. Wir werden ferner vor allem auf der Weltwirtschaftskonferenz darauf hinwirken, daß sich in den Glaubigergländern die Erkenntnis immer mehr durchdringt:

der Schuldner kann seine Verbindlichkeiten nur durch Zahlung in Waren erfüllen.“

Die Rückzahlung von Schulden zu verlangen und gleichzeitig die Grenzen gegenüber Waren zu verschließen, bedeutet den völligen Verzicht auf die zwinzenden Gesetze wirtschaftlicher Vernunft.

Jahre anstrengtester Arbeit und rigorosster Sparpolitik auf allen Gebieten der öffentlichen Wirtschaft liegen vor uns.“

Das große Werk des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft fordert das Zusammengehen aller antwortungsbewußten Männer in der vom höchsten sozialen Geist und Verantwortungsbewußtsein erfüllten echten Not- und Volksgemeinschaft. Nur entschlossenes und wegemutiges Handeln in Anerkennung gegebener Tatsachen kann es schaffen. Die Reichsregierung glaubt, die notwendigen Voraussetzungen für die Heberwindung der Krise geschaffen zu haben. Das Werk zu vollbringen und zu dem von uns allen heißt ersehnten Ziele zu führen, das, meine Herren, ist nun Ihre Aufgabe.“

Heberklinge Zweifler halten der Durchföhrung unserer Pläne die beiden Unsicherheitsfaktoren der auswärtigen und der inneren Politik entgegen.

Eine harte Staatsgewalt ist dazu da, daß sie die Unsicherheiten nach Möglichkeit beseitigt und daß sie dem Volke das Gefühl gibt: Wir gehen voran, wir warten nicht im Winkel, bis uns die Not erdrückt.

wir lassen Unsicherheiten an der Wurzel!

Die fehlenden Sicherheiten muß man sich schaffen. Wer auf sie wartet, wird erliegen, bevor er noch das Ziel erreicht. - Aus diesem Grund haben wir den Kampf um Deutschlands Recht und Freiheit in der Welt aufnehmen müssen, denn niemals kann Europa zur Ruhe kommen, wenn Deutschland nicht die Grundrechte aller Völker gewahrt werden. Sie allein sichern die Grundlage des Friedens und führen zu neuer moralischer Erhellung, die man so schlecht predigt. Unser Ziel ist Abrüstung in ganz Europa und in der Welt, gleiches Recht und gleiche Sicherheit!

Unser Ziel ist ein Zustand innerhalb Europas, in dem es keine Hegemonie und kein Zentrum politischer Bündnisse gibt, sondern wo die Völker in gegenseitiger Achtung ihrer staatlichen und kulturellen Individualitäten ihren Menschheitszielen nachstreben können.

Wir wissen aber, daß wir dieses Ziel, das allein der Welt die politische und wirtschaftliche Stabilität geben wird, nur durch schärfste nationale Konzentration im Kampfe um unsere Gleichberechtigung und unsere Selbstbestimmung verwirklichen können.

Der Gedanke des sacrum imperium, des Heiligen Deutschen Reiches, von dem ich in München als von der Zukunft kommenden der westlicher zwischen den Alpen und der Memel sprach, ist nicht geboren im Jahr- hundert der Nationalitäten. Er ist nicht, wie (Dortsetzung siehe nächste Seite.)

Neue Bluttaten des marxistischen Terrors

Vier Tote, 30 Verletzte in Wien

Wien, 16. Okt. Am Sonntagvormittag wurde im Bezirk Simmering ein Feuerüberfall auf eine sozialdemokratische Arbeiterheim ausverübt, bei dem ein Wachtmann und drei Nationalsozialisten getötet sowie über 30 Personen verletzt wurden, darunter vier lebensgefährlich.

Am Sonntagvormittag war in Simmering eine nationalsozialistische Versammlung angesetzt, zu der eine Abteilung SA-Kräfte durch die Fickelhaube marschierte. Als sie an dem dortigen sozialdemokratischen Arbeiterheim vorbeikamen, fielen

aus dem Arbeiterheim zahlreiche Schüsse.

Der Wachtmann Taler sank als erster, durch die Stürme getroffen, sofort tot nieder. Außerdem wurden drei Nationalsozialisten getötet und über 30 Personen leichter oder schwerer verletzt. Bei zwei Personen sind die Verletzungen derart schwer, daß wenig Hoffnung auf ein Auskommen besteht. Die Polizei entsandte sofort starke Abteilungen nach Simmering. Die Wachtleute drangen in das sozialdemokratische Arbeiterheim ein, wo sie eine Reihe Gewehre und Pistolen beschlagnahmten. Es dürften, soweit bisher bekannt ist, 70 Gewehre und eine große Zahl Revolver sein.

60 Personen wurden verhaftet. Sie mußten unter starker Bedeckung auf das Polizeipräsidium gebracht werden, da die Menge derart erregt war, daß sie versuchte, die Täter zu lynchen.

Eine Anzahl Sozialdemokraten hatte sich auf dem Dachboden in Risten versteckt, wo sie von den Wachtleuten herausgeholt und verhaftet wurden.

In Dortmund: Zwei Tote, zwölf Verletzte

Dortmund, 16. Okt. Am Sonntag kam es hier zu ersten Ausschreitungen, die mehrere Opfer forderten. Bei dem Versuch der Polizei, eine Straße, in der es zu Unruhen gekommen war, zu säubern, wurden die Beamten angegriffen und mußten von der Schusswalle Gebrauch machen. Es kam zu mehreren Schießereien, wobei zwei

Personen, darunter eine Frau, getötet und zwölf Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Unter den Verletzten befindet sich auch ein Polizeibeamter, der einen Kopfschuß erhielt, aber außer Lebensgefahr ist.

In den Sonntagvormittag waren nationalsozialistische Ausabteilvertreter, die in Gruppen von 40 bis 50 Personen durch die Straßen des nördlichen Stadtteils zogen, in der Nähe des Vorflutplatzes von Kommunisten angegriffen worden. Es kam an mehreren Stellen zu Schießereien, wobei auch Schüsse fielen. Da die Unruhen immer größeren Umfang annehmen, wurde die Polizei alarmiert, die mit mehreren Heberfallkommandos anrückte. Als die Beamten den Versuch machten, die Ruhe wieder herzustellen, kam es zu den folgenschweren Schießereien. Die ums Leben gekommene Frau ist von der tödlichen Kugel getroffen worden, als sie hinter dem Kreuzer stand, um die Vorgänge auf der Straße zu beobachten. Der Polizei gelang es nach kurzer Zeit, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Drei Leipziger Nationalsozialisten beschossen

Leipzig, 16. Okt. Im Anschluß an eine nationalsozialistische Wahlkundgebung in einer Halle der Technischen Hochschule, bei der General Lehmann und Dr. Goebels sprachen, kam es am Sonntagabend in der Kirchstraße zu einer Schießerei. Als Nationalsozialisten an dem dort abgehaltenen Arbeiterheim vorbeikamen, fielen aus dem Helm Schüsse, durch die drei Nationalsozialisten verwundet wurden, davon einer schwer. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Politische Zusammenstöße in Berlin

Berlin, 16. Okt. Der allmählich auch in Berlin härter einsetzende Wahlkampf hatte im Laufe des Sonntags eine ganze Reihe politischer Zusammenstöße zur Folge, bei denen drei Personen verletzt und fünfundsauzig festgenommen wurden. Am Sonntag früh kam es in der Oldenburgstraße zu einer Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei der auch Schüsse fielen. Ein Kommunist erhielt einen Kopfschuß, ein Nationalsozialist trug einen Nasenbruch davon.